Stand: 15.11.2026 19:12:59

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/13045

"EU-Schulprogramm retten - Gesunde Ernährung für Bayerns Kinder sichern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/13045 vom 21.07.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.07.2026 **Drucksache** 19/**13045**

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

EU-Schulprogramm retten – Gesunde Ernährung für Bayerns Kinder sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

– das EU-Schulprogramm in Bayern so auszugestalten und finanziell abzusichern, dass es seinen gesundheitspolitischen, ernährungsbildenden und agrarpolitischen Zielen auch künftig gerecht werden kann,

– weitere Einschränkungen des Programms, insbesondere bei Förderumfang, Förderzeiträumen, Teilnehmerkreis und Portionszahlen, zurückzunehmen und künftig zu unterlassen,

– die bislang bestehenden Ausnahmegenehmigungen für Förder- und Mittelschulen fortzuführen,

– die erforderlichen Landesmittel bereitzustellen, damit Kitas, Grund- und Förderschulen wieder regelmäßig und möglichst ganzjährig mit Obst, Gemüse sowie Milch und Milchprodukten versorgt werden können,

– gemeinsam mit Kommunen, Trägern, Lieferbetrieben und Erzeugern eine langfristig tragfähige Weiterentwicklung des EU-Schulprogramms sicherzustellen.

Begründung:

Das EU-Schulprogramm leistet seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zu gesunder Ernährung, Ernährungsbildung und Verbraucherbildung von Kindern. Gleichzeitig stärkt es regionale Wertschöpfungsketten und eröffnet insbesondere regionalen Obst-, Gemüse- und Milchbetrieben zusätzliche Absatzmöglichkeiten.

Gerade angesichts steigender Lebensmittelpreise, wachsender sozialer Ungleichheit sowie alarmierender Zahlen zu Mangelernährung und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen, kommt dem Programm eine besondere Bedeutung zu. Gesunde Ernährung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das Programm trägt dazu bei, Kinder frühzeitig und regelmäßig an frisches Obst, Gemüse und Milchprodukte heranzuführen und gesundheitsfördernde Ernährungsgewohnheiten zu entwickeln.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen jedoch, dass das EU-Schulprogramm in Bayern schrittweise zurückgefahren wird. Nach den Antworten der Staatsregierung auf parlamentarische Anfragen ist die Zahl der förderfähigen Portionen je Kind innerhalb weniger Jahre von 35 auf 20 gesunken. Gleichzeitig ist erstmals die Zahl der teilnehmenden Einrichtungen rückläufig. Für das Schuljahr 2026/2027 sollen darüber hinaus keine Ausnahmegenehmigungen für Förder- und Mittelschulen mehr erteilt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Hinzu kommen erhebliche Einschränkungen bei der praktischen Umsetzung des Programms. Lieferbetriebe berichten von deutlich verkürzten Förderzeiträumen mit monatelangen Lieferunterbrechungen. Dadurch werden sowohl die kontinuierliche Versorgung der Kinder als auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit regionaler Lieferstrukturen erschwert. Gleichzeitig fallen wichtige Erntezeiten regionaler Obst- und Gemüseerzeugnisse künftig weitgehend aus dem Förderzeitraum heraus.

Aus den Kommunen wird bereits berichtet, dass die Kürzungen künftig über höhere Verpflegungsbeiträge auf Eltern umgelegt werden könnten. Gerade Familien sowie Kinder in Förder- und Mittelschulen wären hiervon besonders betroffen.

Die Staatsregierung selbst räumt ein, dass die künftige Finanzierung des EU-Schulprogramms auf europäischer Ebene derzeit nicht abgesichert ist und weitere Einschränkungen nicht ausgeschlossen werden können. Umso mehr ist der Freistaat gefordert, das erfolgreiche Programm mit eigenen Mitteln zu stabilisieren und seinen Leistungsumfang zu sichern.

Wer gesunde Ernährung, Chancengleichheit, regionale Landwirtschaft und Ernährungsbildung stärken will, darf das EU-Schulprogramm nicht schrittweise zurückbauen. Statt weiterer Kürzungen braucht Bayern ein verlässliches und dauerhaft ausfinanziertes EU-Schulprogramm.